

## **Beschlüsse der 40. Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V.**

- Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2018
- Jugendarbeit in Niedersachsen - nachhaltig und klimafreundlich
- Schutz des Kindeswohls: Verlässliche Erreichbarkeit schaffen
- Jetzt global handeln - wir brauchen eine aktivere Friedenspolitik!
- Forderung der Freilassung von Deniz Yücel und anderen in der Türkei inhaftierten Journalist-inn-en

## **Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017**

### **Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2018**

#### **In fünf Jahren zu einem jugendgerechten Niedersachsen – die jugendpolitischen Forderungen für die Landtagswahlen am 14.01.2018**

Politik für ein jugendgerechtes Aufwachsen bedeutet u.a., Freiräume für die individuelle Entfaltung als junger Mensch zu schaffen. Dies bedeutet mit Blick auf die Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für junge Menschen weiter, sich nicht nur auf die Vorbereitung für das spätere Berufsleben zu beschränken und sich damit kommerziellen Verwertungsinteressen zu unterwerfen. Vielmehr heißt es, jungen Menschen den notwendigen Raum zu geben, in dem sie sich selbst ausprobieren und ihre eigenen Stärken und Schwächen erproben können. Jugendarbeit bietet genau diese Freiräume und unterstützt junge Menschen dabei, sich diese auch aktiv anzueignen und sie zu gestalten. Dadurch erfahren die jungen Menschen ganz praktisch, was demokratische Mitbestimmung bedeutet, sie lernen, Verantwortung zu übernehmen, und entwickeln damit wesentliche soziale Kompetenzen.

Junge Menschen sind die Zukunft. Sie sind das Wertvollste, das eine Gesellschaft hat. Um den komplexen Anforderungen eines immer schnelleren sozialen Wandels gerecht zu werden, brauchen junge Menschen die bestmöglichen Startchancen! Daher fordern die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. von den Parteien klare Bekenntnisse für ein stärkeres Engagement für junge Menschen.

#### **Beteiligung**

Junge Menschen sind die prägenden Akteur-inn-e-n der Gesellschaft von morgen. Schon heute müssen sie ihre eigene Zukunft aktiv mitgestalten können. Sie selbst können ihre eigenen Belange am besten vertreten. Daher sind junge Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungen angemessen zu beteiligen. Jugendverbände, als Zusammenschlüsse junger Menschen, leisten seit Langem einen wichtigen Beitrag, indem sie als legitimierte Interessenvertretung jugendpolitisch agieren. Auch sie müssen infolgedessen adäquat an Entscheidungen, die Einfluss auf junge Menschen entwickeln, beteiligt werden.

Ein wesentlicher Grund für den hohen Zulauf bei rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen ist auch das mangelnde Vertrauen in Politiker-innen. Insbesondere bei jungen Menschen muss ein solches Vertrauen aufgebaut werden und erhalten bleiben, damit für entsprechende Ideologien und Gesellschaftsbilder kein Raum entsteht. Dafür ist es wichtig, dass

die Politik die Interessen und Wünsche junger Menschen aufgreift, sich ernsthaft mit Jugendlichen auseinandersetzt und ihr Handeln – ggf. auch eine Ablehnung von Forderungen junger Menschen – verständlich begründet.

Konkret bedeutet das:

- Die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen an kommunal- und landespolitischen Entscheidungen müssen – unter Einbeziehung digitaler Medien – weiterentwickelt werden. Dabei ist die Funktion der Jugendverbände und Jugendringe als Interessenvertretung junger Menschen zwingend zu achten.
- Durch einen gemeinsam mit den Jugendverbänden entwickelten Jugendcheck müssen bei allen Vorhaben des Landes die Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden. Sofern eine besondere Relevanz der Vorhaben für Jugendliche gegeben ist, muss eine verbindliche Beteiligung junger Menschen unter Einbeziehung der Jugendverbände gesetzlich geregelt werden.
- Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landespolitik vertreten, müssen vermehrt angehört und deren Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden.
- Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen muss auf 14 Jahre gesenkt werden.

## **Bildung**

Eine ganzheitliche Bildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche Gesellschaft. Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe und damit ein wesentlicher Faktor bei der Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut. Für die Zukunftschancen junger Menschen ist eine zukunftsfähige und umfassende Bildung daher wichtiger denn je. Dabei ist Bildung sowohl Kompetenz- als auch Wissenserwerb und findet in unterschiedlichen Zusammenhängen statt: u.a. in der Familie, im Kindergarten, unter Gleichaltrigen, in der Schule, bei Angeboten bzw. in Strukturen der Jugendarbeit, in den Medien und in der weiterführenden Ausbildung. Daher muss Bildung als ganzheitlicher Prozess begriffen werden, an dem eine Vielzahl an Akteur-inn-e-n beteiligt ist. Gelingende Bildung braucht daher eine gleichberechtigte und konstruktive Zusammenarbeit aller Bildungsträger. Jugendverbände als Orte des non-formalen Kompetenz- und Wissenserwerbs sowie informeller Bildungsprozesse in geschützten Räumen leisten dazu seit Jahren ihren Beitrag. Es ist notwendig, diesen Beitrag anzuerkennen.

Konkret fordern wir:

- Bildung muss mehr sein als Schule. Außerschulische Bildung muss als gleichberechtigter Partner in einer Bildungslandschaft gesehen und daher aufgewertet und gefördert werden. Zudem müssen außerunterrichtliche Angebote der Ganztagschulen über ein Bildungsbüro schulübergreifend koordiniert und für Schüler-innen aller (Ganztags)Schulen offen sein, um dadurch die Diversität zu fördern, junge Menschen mit unterschiedlichen Bildungsniveaus zu erreichen und das Entstehen neuer Freundschaften zu erleichtern. Dafür müssen entsprechende Strukturen geschaffen und Ressourcen (finanziell, personell und materiell) zur Verfügung gestellt werden.

- Die Bildungschancen junger Menschen müssen unabhängig von ihrer (fam.) finanziellen Situation sein. Schulische und außerschulische Bildungsangebote müssen grundsätzlich kostenfrei sein. Allen jungen Menschen, die in Niedersachsen leben, müssen die erforderlichen Mittel für eine gute Bildung zur Verfügung gestellt werden; dazu gehört auch die Lernmittelfreiheit an Schulen.
- Lehrpläne an Schulen und Hochschulen müssen entfrachtet und zeitgemäß weiterentwickelt werden.
- Schule und weitere Bildungsorte müssen ein Ort des vielfältigen, gewalt- und diskriminierungsfreien Lernens sein.
- In einer Zeit, in der Kriege und militärische Konflikte weltweit zunehmen, müssen Schulen einen besonderen Fokus auf Friedenserziehung legen, beispielsweise, indem sie die Schüler:innen befähigen, Konfliktursachen zu verstehen und zu hinterfragen.
- Ein auswahlfähiges, qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsplätzen muss gewährleistet werden. Schon während der beruflichen Erstausbildung muss den jungen Erwachsenen ein eigenständiges Leben möglich sein, was eine angemessene Vergütung voraussetzt. Ehrenamtliches Engagement muss auch in der Ausbildung gewürdigt und anerkannt werden.
- Medienkompetenz ist eine zentrale Schlüsselkompetenz und muss als solche in der schulischen und außerschulischen Bildung fester Bestandteil sein. Wichtig ist, dass junge Menschen schon früh lernen, sich Informationen zu erschließen und eigenständig zu bewerten. Die Bildungsträger müssen für dieses Aufgabenfeld qualifiziert werden und insbesondere müssen freie Träger die notwendigen Ressourcen erhalten.
- Die Jugendverbände begrüßen die Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung. Hauptaufgabe der Landeszentrale muss es sein, die Träger der politischen und gesellschaftlichen Bildung zu vernetzen sowie die Weiterentwicklung und Durchführung von Bildungsangeboten zu fördern und dadurch die zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken.
- Auch jungen Menschen, die derzeit keine oder nur eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis in Deutschland haben, müssen eine schulische Bildung und die Teilhabe an außerschulischen Bildungsangeboten ermöglicht werden.

## **Förderung und Struktur**

Junge Menschen dürfen nicht die Leidtragenden einer haushälterischen Konsolidierungspolitik sein. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts darf nicht zu Lasten einer zukünftigen Generation umgesetzt werden. Vielmehr brauchen junge Menschen die bestmöglichen Startchancen in die Gesellschaft. Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendarbeit leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Daher darf bei den Ausgaben für Kinder und Jugendliche nicht gespart werden. Die seit Jahren fehlende Erhöhung von Fördermitteln für die Jugendarbeit bedeutet de facto eine schleichende Entwertung der Förderung.

Konkret fordern wir von der Niedersächsischen Landespolitik:

- Das Land Niedersachsen muss seine Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit wieder stärker wahrnehmen. Dazu gehören eine fachliche und zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Jugendarbeit und eine Stärkung der Rolle der freien Träger.
- Die Förderung der Jugendarbeit muss entbürokratisiert werden.
- Die Bildungsmittel für Jugendarbeit müssen um 2.000.000 € erhöht werden. Darüber hinaus bedarf es einer jährlichen Erhöhung als Inflationsausgleich.
- Das Förderprogramm Generation<sup>3</sup> muss auch über das Jahr 2019 hinaus jungen Menschen flexibel und jugendverbandsnah Fördermittel zur Verfügung stellen. Generation<sup>3</sup> hat, wie auch das Vorgängerprogramm Generation 2.0, gezeigt, dass Jugendarbeit mit kreativen und innovativen Projekten auf aktuelle Herausforderungen reagieren kann, wenn dafür die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- Zur Sicherung infrastruktureller Rahmenbedingungen müssen die bestehenden jugendverbandlichen Bildungsstätten und Jugendeinrichtungen erhalten bleiben und verstärkt gefördert werden.

## **Ehrenamtliches Engagement**

Die wesentliche Grundlage aller Jugendarbeit ist das ehrenamtliche Engagement der vielen tausend Jugendleiter-innen. Das gilt in besonderem Maße in Niedersachsen, denn in keinem anderen Bundesland wurden bis heute so viele Juleicas ausgestellt. Doch damit dieses Engagement möglich wird, bedarf es grundlegender Rahmenbedingungen. So ist eine professionelle Unterstützung für Ehrenamtliche bei einer zunehmenden Komplexität der jugendlichen Lebenswelt immer wichtiger. Doch leider gibt es in Niedersachsen im Bundesvergleich weniger hauptamtliches Personal als in anderen Bundesländern. Auch die Verdichtung der Schul- und Studienzeiten führt dazu, dass Schüler-innen und Student-inn-en immer weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement finden und dadurch die Verweildauer bei Trägern der Jugendarbeit immer kürzer wird. Dies steht konträr zu den wachsenden Anforderungen an die Jugendarbeit.

Für eine wirksame und nachhaltige Unterstützung der Ehrenamtlichen fordert der Landesjugendring:

- Das Land Niedersachsen muss mit einer Förderinitiative die regionale Ebene der Jugendverbände, Jugendringe und Jugendgruppen stärken. Dazu soll in jedem Jugendamtsbezirk eine „Regionalstelle für ehrenamtliches Engagement“ geschaffen werden, die ehrenamtlich Engagierte unbürokratisch vernetzt, qualifiziert und unterstützt.
- Der Bildungsauftrag von (Hoch)Schulen und Universitäten darf sich nicht alleine auf den Lernstoff der Fächer beschränken; Schüler-innen und Student-inn-en sollen ermutigt und motiviert werden, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dafür ist es notwendig, dass jungen Menschen die nötigen Zeitfenster für ehrenamtliches Engagement planbar im Rahmen von schulischen und universitären Pflichten freigehalten werden. Konkret müssen an Ganztagschulen mindestens zwei Nachmittage unterrichtsfrei sein. Weiter ist es notwendig, dass ehrenamtlich erworbene Qualifikationen auf das Studium angerechnet werden können.

- Das Land Niedersachsen muss mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Beschäftigten durch Freistellungen und Lohnfortzahlungen ehrenamtliches Engagement bei der Betreuung von Ferienfreizeiten und Seminaren ermöglichen. Solche Regelungen müssen auch bei Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, umgesetzt werden.
- Weiter muss die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports so angepasst werden, dass die Arbeitsbefreiung nicht nur auf höchstens drei Veranstaltungen im Jahr beschränkt ist, sondern die festgeschriebenen zwölf Tage unter den bestehenden Antragsfristen ohne Einschränkung einer Anzahl der Veranstaltungen genommen werden können. Eine Harmonisierung der verschiedenen Regelungen der Bundesländer, mindestens auf dem niedersächsischen Niveau, ist anzustreben.

## **Vielfalt**

Vielfalt bereichert und prägt das Zusammenleben in der Gesellschaft. Vielfalt muss als Chance gesehen werden. Alle jungen Menschen, unabhängig von individuellem oder familiärem Bildungsgrad und Einkommen, Geschlecht, Familienform, Religion, kultureller und familiärer Herkunft, sexueller Orientierung, Aufenthaltsstatus, körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen haben das gleiche Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Kein junger Mensch darf diskriminiert oder angefeindet werden. Diversitätsbewusstsein und Diskriminierungskritik müssen als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden.

Konkret fordern wir:

- Migrant-inn-enjugendselbstorganisationen (MJSOen) sind eigenständige Zusammenschlüsse junger Menschen mit Migrationshintergrund. Hier gestalten sie eigenständige Angebote der Jugendarbeit. Der Aufbau von MJSOen muss durch das Land mit speziellen Förderinstrumenten unterstützt werden.
- Die gesellschaftliche Teilhabe junger Geflüchteter darf nicht an fehlenden finanziellen Ressourcen der Geflüchteten scheitern. Spezielle Fördermittel müssen allen jungen Menschen die Teilhabe an den Angeboten der Jugendarbeit ermöglichen.
- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gleich welcher Herkunft sind in erster Linie eins: junge Menschen. Leistungen der Jugendhilfe müssen allen jungen Menschen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Deshalb darf es für junge Geflüchtete keine Jugendhilfe „zweiter Klasse“ geben – dafür soll sich das Land Niedersachsen in seinem eigenen Regelungsbereich und auch auf Bundesebene einsetzen.
- Die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen gilt es weiterzuentwickeln, zu qualifizieren, zu optimieren und nachhaltig zu verankern, dies gilt auch für Angebote der Jugendarbeit. Um diese inklusiver zu gestalten, bedarf es entsprechender Ressourcen.
- Noch immer ist für junge Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm der Mehrheitsgesellschaft entsprechen, die Entfaltung der sexuellen Orientierung schwierig. Daher bedarf es neben allgemeinen Informations-, Sensibilisierungs- und Anti-Diskriminierungsangeboten auch der Unterstützung und Begleitung von jungen Menschen.
- In einer vielfältigen Gesellschaft ist kein Platz für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und rechte Hetze. Daher müssen mit aller Kraft Vorurteile abgebaut werden und es muss vielfaltsfeindlichen Gedanken entgegengetreten und aktiv entgegengewirkt werden. Diese Haltung fordern wir von allen politischen Akteur-inn-en.

## Digitale Gesellschaft

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet auch für junge Menschen große Herausforderungen. Sie wachsen heute in einer digitalen Gesellschaft auf. Darauf müssen sie bestmöglich vorbereitet werden. Gleichzeitig müssen die Chancen der Digitalisierung genutzt und die Rahmenbedingungen konstruktiv gestaltet werden. Niedersachsen geht einen Erfolg versprechenden Weg in der medienpolitischen Debatte. Nun kommt es darauf an, Qualifizierungsbausteine nachhaltig zu verankern und Beteiligungsplattformen zu initiieren. Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden. Dabei kommt dem Feld der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu – wird doch hier der Fokus auf gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung gelegt.

Konkret fordern wir:

- Das Land Niedersachsen muss dazu beitragen, einen flächendeckenden Zugang zu schnellem Internet zu gewährleisten. Dazu gehört auch ein freier Zugang in öffentlichen Einrichtungen wie auch in Einrichtungen der Jugendarbeit.
- Im Sinne von Open Data und Open Government gilt es, offene und transparente Prozesse und Schnittstellen in den politischen Entscheidungen zu etablieren. Jugendarbeit, in ihrer Funktion als Sozialisationsinstanz und Sprachrohr jugendpolitischer Interessen, kann und muss hier eine zentrale Rolle spielen.

## Lebenswelten

Das Land Niedersachsen muss auch zukünftig ein attraktiver Lebensort für junge Menschen sein. Gesellschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, Globalisierung und Digitalisierung stellen massive Anforderungen an junge Menschen und sind mit Unsicherheiten für die eigene Lebensplanung verbunden. Daher müssen die Rahmenbedingungen für ein jugendgerechtes Aufwachsen und die Aussicht auf eine lebenswerte Gesellschaft von morgen sichergestellt werden.

Konkret bedeutet das:

- Junge Menschen brauchen eine klare berufliche Perspektive. Daher bedarf es eines Rechtsanspruchs auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz. Niedersachsen als Agrar-, Industrie und Dienstleistungsstandort muss auch in Zukunft Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen zur Verfügung stellen.
- Nachhaltiges und ökologisches Handeln muss ein wesentlicher Prüfstein bei allen politischen Handlungen sein. Eine lebenswerte Umwelt muss auch zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen. Das Land muss alle Anstrengungen unternehmen, Umweltbelastungen wie die Verunreinigung von Böden, Luft und Gewässern zu verhindern.
- Es ist wichtig, bei der Diskussion um den demografischen Wandel dem Blickwinkel junger Menschen eine besondere Bedeutung beizumessen, denn die Antwort auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft muss mehr sein, als seniorengerechte Lebensräume und barrierefreie Infrastruktur. Die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs müssen für junge Menschen kostenlos und entsprechend ihrer Bedürfnisse, ihrer Ansprüche an Freizeit-Gestaltung, ihrer Zeit-Rhythmen und ökologischer Standards weiterentwickelt werden. Dazu gehören Bahnverbindungen, Schnellbuslinien, Bedarfsverkehre und Carsharing-Angebote. Es muss gewährleistet werden, dass junge Menschen in allen Teilen des Landes gleiche Lebensbedingungen für ein jugendgerechtes Aufwachsen vorfinden.

## **Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017**

### **Jugendarbeit in Niedersachsen - nachhaltig und klimafreundlich**

Für junge Menschen haben Nachhaltigkeit und der verantwortungsbewusste Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen eine besondere Bedeutung – sie werden am längsten mit den Folgen der heutigen Politik leben und auf dieser Grundlage zukünftig Entscheidungen treffen müssen. Die Jugendverbände in Niedersachsen sind sich dessen bewusst und arbeiten aktiv im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat auf der Weltklimakonferenz 2015 in Paris beschlossen, die Erderwärmung deutlich auf unter 2 Grad zu begrenzen. Um dieses enorm wichtige und zugleich sehr ambitionierte Ziel zu erreichen, sind alle gesellschaftlichen Akteure weltweit gefordert.

Die Jugendverbände in Niedersachsen tragen bereits heute ihren Teil dazu bei. Sie haben schon vor vielen Jahren die Wichtigkeit des Klimaschutzes und die hierfür notwendige Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in ihren Zusammenhängen erkannt. Allein mit den im aktuellen Projekt „Klima-Challenge“ registrierten Verbandsaktionen (81 Aktionen am 29.01.2017, aktuellster Stand siehe [www.klima-challenge.de](http://www.klima-challenge.de)) konnten bis zum letzten Etappenziel von 200.000 Klimapunkten bereits 30 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Auch die Entwicklung des Klima-Challenge-Klima-Checks, bei dem Büros und Einrichtungen auf Klimafreundlichkeit überprüft werden können, und viele weitere Aktionen und Maßnahmen unterstreichen das Verantwortungsbewusstsein der Jugendverbände.

Gleichzeitig sind sich die Jugendverbände bewusst, dass dieses Engagement noch nicht ausreicht, um den drohenden Klimakollaps abzuwenden. Deshalb werden sie weiterhin dafür streiten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die klimaneutrale und klimafreundliche Investitionen fördern und klimafreundliche Lebensstile unterstützen.

Als einen konkreten Schritt in diese Richtung werden sich die niedersächsischen Jugendverbände noch stärker als bisher bemühen, klimaschädliches Verhalten im Rahmen ihrer jugendverbandlichen Aktivitäten einzuschränken und beispielsweise Einweggeschirr auf ihren Veranstaltungen zu vermeiden und bei der Auswahl von Veranstaltungsorten die klimafreundliche Erreichbarkeit mitzubedenken.



In Niedersachsen fordern wir insbesondere die Landesregierung auf, sich für eine starke Klimaschutzpolitik einzusetzen. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Niedersachsen ist ein richtiger Schritt dahin. Es kommt nun darauf an, u.a. die hier erwähnte Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen tatsächlich als Bildungsaufgabe und Bildungsziel zu verstehen, die Strategie dahingehend weiter auszuarbeiten, konsequent umzusetzen und mit Leben zu füllen.

Wir fordern das Land Niedersachsen konkret auf:

- Das Land muss Jugendverbände dabei unterstützen, Bildungsstätten in Trägerschaft von Jugendverbänden energetisch zu sanieren und mit energieeffizienter Ausstattung zu versehen. Hierzu gehört die Beratung zu Fördertöpfen, die Unterstützung bei der Antragstellung und ggf. eine Anpassung von Förderprojekten an die Bedürfnisse der Jugendverbände.
- Bildungsarbeit für Klimaschutz muss intensiviert und nachhaltig verankert werden. Das Projekt Klima-Challenge zeigt, wie Jugendliche und Jugendgruppen zum Thema Klimawandel sensibilisiert und zum Aktivwerden motiviert werden können. Die Gegenleistungen des Ministers (vgl. [www.klima-challenge.de](http://www.klima-challenge.de)) motivieren hierbei und sind wichtige Zeichen, dass das Engagement von Jugendlichen ernst genommen wird. Es darf aber nicht dabei bleiben, im Wettbewerbsverfahren Gegenleistungen zu erbringen – das jugendliche Engagement muss belohnt und Anreize dazu müssen nachhaltig verankert werden. Auch nach dem Projektende der Klima-Challenge muss das Land Jugendverbände dabei unterstützen, das wichtige Thema Klima neben vielen anderen wichtigen Themen bearbeiten zu können. Hierzu ist ein Folgeprojekt notwendig, das die Dringlichkeit des Themas hervorhebt, das Engagement für Klimaschutz weiterhin fördert und das den unterschiedlichen Zielgruppen der Jugendverbände Rechnung trägt.
- Klimafreundliche Mobilität muss landesweit verbessert werden. Das geplante Landesbusliniennetz ist ein richtiger Schritt dahin. Elektromobilität muss gefördert werden und insbesondere müssen Radwege (auch für E-Bikes) landesweit ausgebaut werden. Für Juleica-Inhaber-innen soll es Ermäßigungen im ÖPNV geben, um ehrenamtliches Engagement klimafreundlich wertzuschätzen.

## **Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017**

### **Schutz des Kindeswohls: Verlässliche Erreichbarkeit schaffen**

Der Schutz des Kindeswohls ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Jugendverbände sind sich ihrer Verantwortung sehr bewusst und setzen entsprechend eine stetige Sensibilisierung und Ausbildung um. Bereits 2013 hat die Vollversammlung des LJR den Antrag „Qualitative Jugendarbeit ist aktiver Schutz von Kindern und Jugendlichen“ beschlossen.

Durch die verstärkte Prävention, Fortbildung und Sensibilisierung in den Jugendverbänden wie auch durch die gewachsene Kompetenz der jungen ehrenamtlichen Mitarbeitenden nehmen junge Menschen verstärkt Jugendverbände als geschützte Räume wahr, in denen sie sich offenbaren können, unabhängig davon, in welchem Lebensbereich die Gefährdung stattgefunden hat. Sie suchen Beratung und Unterstützung bei den Personen ihres Vertrauens und geschulten Mitarbeitenden des jeweiligen Verbandes. Daher sind Jugendverbände in dieser Arbeit auf ein gutes Zusammenspiel mit staatlich eingerichteten Stellen angewiesen, die auch für die spezifischen Bedürfnisse der Jugend(verbands)arbeit entsprechend ausgestattet sein müssen.

Allerdings hat sich gezeigt, dass die Beratungsmöglichkeiten in Niedersachsen nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, insbesondere mit Blick auf die verlässliche Erreichbarkeit. Fachkräfte waren sowohl in den Jugendämtern als auch in den Fachberatungsstellen mit „insoweit erfahrenen Fachkräften“ besonders in den Ferienzeiten teils nur schwer bis gar nicht erreichbar. Darüber hinaus sind in einigen Regionen Niedersachsens diese Stellen nicht besetzt. Hier gilt es, deutlich nachzubessern, um die Fälle von Kindeswohlgefährdung zeitnah bearbeiten zu können und diesen wichtigen Bereich der Jugendarbeit zu unterstützen. Im Rahmen von Freizeiten und ähnlichen Maßnahmen ist es notwendig, zügig handeln zu können, um die Belastung für die Betroffenen wie auch für die Mitarbeitenden sowie die ehrenamtlichen Jugendleiter-innen und gegebenenfalls die Gruppe so gering wie möglich zu halten.

Insofern fordern wir, dass in jedem Jugendamtsbereich gewährleistet wird, dass innerhalb von 24 Stunden der Kontakt zu einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ herstellbar ist.

Wir fordern die öffentlichen Träger und die Politik auf, hier ihre Verantwortung wahrzunehmen und die personellen Ressourcen für eine verlässliche Erreichbarkeit zu gewährleisten! Zusätzlich fordern wir, dass Fachkräfte für die Zusammenarbeit mit Jugendverbänden und insbesondere mit ehrenamtlich Mitarbeitenden entsprechend qualifiziert sind.

## **Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 04.03.2017**

### **Jetzt global handeln - wir brauchen eine aktivere Friedenspolitik!**

Kriege und Konflikte auf der Welt nehmen massiv zu. Kinder und Jugendliche sind davon besonders betroffen. So haben nach Einschätzung von UNICEF noch nie so viele Kinder unter den Folgen von Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen gelitten wie heute - weltweit wachsen rund 250 Millionen Mädchen und Jungen in Konfliktgebieten auf. Durch zunehmenden Reichtum auf der einen Seite sowie Armut, Hunger und Not auf der anderen Seite entsteht außerdem eine Spirale von Ungerechtigkeit.

Kinder und Jugendliche nehmen Gewalt aktiv wahr und flüchten oftmals in vermeintlich sichere Länder. Wir, die Jugendverbände Niedersachsens, geben daher geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Rahmen unserer Aktivitäten Raum zur Entfaltung und unterstützen sie aus unserem Selbstverständnis heraus bei ihrer Integration in Niedersachsen. Dabei erleben wir aber leider auch, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche oftmals wenig Aussicht auf Frieden in ihren Heimatländern sehen.

Die zunehmende Unsicherheit und Sorge um den Frieden ist allgemein für junge Menschen in Niedersachsen spürbar. Jugendliche setzen sich daher verstärkt mit friedenspolitischen Themen und friedens-ethischen Fragestellungen auseinander. So gab es kürzlich Projekte der niedersächsischen Jugendverbände zur Gewaltprävention, zum Umweltschutz, zur Integration von Flüchtlingen, zur Einflussnahme bei politischer Willensbildung und zu übergeordneten Begriffen wie Frieden, Toleranz und Demokratie.

Aus all diesen Gründen sind wir der festen Überzeugung, dass eine aktivere Friedenspolitik unerlässlich ist.

Wir stellen jedoch fest, dass sich politische Entscheidungsträgerinnen für die Erhöhung militärischer Mittel einsetzen und die weltweiten Rüstungsausgaben in den letzten Jahren gestiegen sind. Auch in Deutschland wurde für dieses Jahr eine Erhöhung des Wehretats beschlossen und die Bundesregierung hat in der längerfristigen Finanzplanung eine massive Aufstockung des Verteidigungshaushalts bis 2020 festgelegt. Wir sagen klar: Eine Erhöhung der Militärausgaben kann nicht den Frieden sichern! Im Gegenteil: Aufrüstung ist ein Zeichen dafür, sich auf Kriege vorzubereiten. So kann ein Wettüben entstehen, welches Unsicherheit in der Bevölkerung und kriegerische Konflikte der Länder schürt und sie nicht eindämmt. Vielmehr

muss Friedenspolitik, beispielsweise in Form von Konfliktvermittlung und Stärkung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland, ausgebaut werden.

Wir, die Jugendverbände Niedersachsens, engagieren uns für eine globale, friedvolle Gesellschaft, in der Menschlichkeit und Solidarität aktiv gelebt werden. So fordern wir die Landesregierung, die Landtagsabgeordneten sowie die Bundestagsabgeordneten Niedersachsens dazu auf, im Rahmen ihrer globalen Verantwortung, wie zum Beispiel im Bundestag, im Bundesrat oder bei der Gestaltung der multi- und bilateralen Beziehungen des Landes und der Landesparteien, folgende Punkte zu beachten und umzusetzen:

- Grundsätzlich muss Friedenspolitik Priorität haben. Aktive Krisenprävention und diplomatische Begleitung bei Konflikten von Akteur-inn-en in Krisen und Kriegssituationen müssen gewährleistet sein. Rüstungsexporte behindern die Friedenspolitik und müssen massiv eingedämmt werden.
- Soziale Ungleichheitsgefüge müssen abgebaut werden, soziale Gerechtigkeit muss Handlungsanleitung einer aktiven Friedenspolitik sein.
- Mittel für die Weiterentwicklung des „Vorrangs für Ziviles“, für Konfliktmanagement, für die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und Stabilisierung von Demokratisierungsprozessen müssen erhöht werden.
- Eine systematische Analyse der Konfliktursachen, die auch aus Handlungsfeldern deutscher Wirtschafts-, Handels-, Rohstoff- oder Klimapolitik erwachsen, ist dringend notwendig, um ihnen entgegenwirken zu können.
- Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss intensiviert werden, damit Menschen ihre Heimat gar nicht erst verlassen müssen. Es braucht eine Überarbeitung der Hilfsprogramme, die sowohl kurzfristige als auch langfristige Hilfen, beispielsweise bei der Armutsbekämpfung und dem Struktur- und Kompetenzaufbau vor Ort, vorsehen.
- Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Frauen, deren Angehörige fliehen und die in ihren Heimatländern zurückbleiben und dort häufig Gewalt ausgesetzt sind, müssen stärker berücksichtigt werden.
- Werbekampagnen der Bundeswehr, die sich an Minderjährige richten, müssen verboten werden, denn deren Persönlichkeitsentwicklung ist oftmals noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass der eigene Umgang mit Waffen reflektiert und militärische Einsätze der Bundeswehr eingeordnet und bewertet werden können. Eine Verherrlichung des „Dienstes an der Waffe“, kann die Folge sein. Entscheiden sich Schulen oder andere Bildungseinrichtungen, Aufgaben und Strukturen der Bundeswehr zu vermitteln, müssen diese Informationen ausgewogen vermittelt werden und auch zivile Krisenprävention und zivilgesellschaftliche Akteur-inn-e-n möglichst eingebunden werden, um ein Bildungsgleichgewicht zu erzeugen.
- Die vielfältigen Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung müssen finanziell weiter ausgebaut werden, um neben militärischen Angeboten auch zivile Krisenprävention und zivilgesellschaftliche Akteur-inn-e-n zu stärken. Dabei spielt auch jugendverbandliches Potenzial eine wichtige Rolle: Demokratie- und Wertebildung, interkulturelles Lernen, ein verantwortungsvolles Engagement und die Förderung eines politischen Bewusstseins werden hier in einer prägenden Altersstufe vermittelt.

**Beschluss der 40. ordentlichen Vollversammlung  
des Landesjugendring Niedersachsen e.V.  
am 04.03.2017**

**Forderung der Freilassung von Deniz Yücel und anderen in der  
Türkei inhaftierten Journalist-inn-en**

Der Landesjugendring fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, sich aktiv für die Freilassung von Deniz Yücel und anderen der in der Türkei inhaftierten kritischen Journalist-inn-en zu engagieren.